

# Geldgipfel 2018

Von der Finanzwirtschaft zur Realwirtschaft  
10 Jahre nach Lehman Brothers



# Von der Finanzwirtschaft zur Realwirtschaft 10 Jahre nach Lehman Brothers

von Lukas Beckmann, Initiator des Geldgipfels

Unsere Geld- und Finanzordnung ist von Menschen gemacht und sie kann nur durch Menschen geändert werden. Viele von uns haben sich Jahrzehnte darin geübt, Feindbilder von Bankern und Unternehmern zu pflegen. Dabei wurden die Gräben zwischen Wirtschaft und Gesellschaft vertieft, ohne sich mit der gebotenen Energie den systemischen Fragen unserer Geldordnung und Finanzwirtschaft und ihrem ordnungspolitischen Rahmen zuzuwenden. Dieser Rahmen wurde vom Gesetzgeber geschaffen und kann ebenso von ihm geändert werden. Dafür braucht es allerdings eine gesellschaftliche Debatte auf breiter Ebene.

Unsere Geld- und Finanzordnung müssen zu einem gesellschaftlichen Thema werden. Krisen führen – das hat das Jahr 2008 gezeigt – zwar zu bitteren Erfahrungen, aber nicht wie von selbst zur Veränderung ihrer Ursachen. Eine unserer wesentlichen Zukunftsaufgaben liegt darin, Geld in den Dienst der Realwirtschaft zurückzuführen. Unser Finanzsystem führt – gesetzlich legitimiert – im Ergebnis dazu, dass die größten finanziellen Gewinne ohne wirtschaftliche und gesellschaftliche Wertschöpfung erzielt werden können. Schlimmer noch: Mit finanziellen Gewinnen werden materielle und immaterielle Werte vernichtet und die systemischen Voraussetzungen für Armut geschaffen. Was gesetzlich erlaubt und ordnungspolitisch ermöglicht wird, gefährdet neben den sozialen und wirtschaftlichen Säulen zudem zunehmend Vertrauen in die ideellen Grundlagen von Demokratie, Freiheit und dem Versprechen von Gleichheit vor dem Gesetz.

Geld ist unser wichtigstes Medium im Alltag, wichtiger als alle digitalen, sozialen und unsozialen Medien zusammen. Es ist das zentrale Kommunikationsmittel zwischen denen, die anderen ihre Leistungen anbieten und jenen, die Leistungen anderer erwerben. Dabei bleiben in der Regel gerade jene Eigenschaften und Wirkungen unsichtbar, die im Kontext des Ganzen für den Zusammenhalt von Gesellschaften entscheidend sind: Können diejenigen, die Produktion, Vertrieb und Verkauf einer Ware ermöglichen, von dem von uns bezahlten Preis in Würde und Selbstachtung davon leben und auch wieder investieren? In der jüngeren Geschichte hat die Finanzkrise 2008 gezeigt, wie schnell Millionen Menschen ihre finanzielle und materielle Sicherheit verlieren, wenn das, was sie bisher getragen hat, dem System nicht mehr dienlich ist.



„Die Wirklichkeit liegt immer ein bisschen weiter als das Aktuelle“ (Heinrich Böll). In diesem Sinne war auch dieser dritte Geldgipfel nicht von der Kurzlebigkeit aktueller Tweets und Posts getrieben, sondern von dem Willen, der Wirklichkeit sozialer und nachhaltiger Wirkungen unserer Geld- und Finanzordnung auf den Grund zu gehen

Im Rückblick überrascht es immer wieder, wie nachhaltig und tiefgreifend unsere Gesellschaften grundlegende Fragen von Geld, Wirtschaft und Nachhaltigkeit ignorieren und mit diesem großen weißen Fleck nachbarschaftlich zusammengelebt haben. Dies ist inzwischen überwunden und die Verunsicherungen sind groß. Umso mehr macht es Hoffnung, wie viele Gruppen, NGOs, Institute und zunehmend auch die Wirtschaftswissenschaftler\*innen sich in den vergangenen Jahren auf den Weg gemacht haben, dem System Geld Aufmerksamkeit zu schenken, Alternativen im Großen wie im Kleinen sichtbar zu machen und zu vernetzen und mit der Hoffnung zu verbinden, dass unsere Gesellschaften auf die nächste Finanzkrise besser vorbereitet sind. Dafür muss nicht nur die Arbeit an den genannten Fragen, sondern auch die Zusammenarbeit und Vernetzung ausgebaut werden. Es freut mich, dass die GLS Treuhand mit finanzieller Unterstützung der GLS Bank Stiftung sich auch in Zukunft diesen Aufgaben verstärkt widmen will.

---

**Workshop 1** **Seite 4**  
**CO2 Abgabe: Durch Preisbildung nachhaltig steuern, Kosten internalisieren**

**Teil I:** Was kostet das Klima? Und wer zahlt die Rechnung? Ansätze für eine CO2-Abgabe jenseits von Ökosteuer und Emissionshandel

**Dr. Astrid Matthey**

**Teil II:** Was kostet das Klima? Und wer zahlt die Rechnung? CO2 - Bepreisungs - Kampagne in Deutschland: Zivilgesellschaftliche Strategien und politische Interventionen national und international

**Klaus Milke**

---

**Workshop 2** **Seite 6**  
**Mehr Boden für das Gemeinwohl!**

Boden und Immobilien sind zu Spekulationsobjekten gemacht worden. Ausdruck politischen Versagens mit der Folge einer Vermögensumverteilung von Vielen zu Wenigen. Im Workshop wurden praktische Alternativen aufgezeigt für den Umgang mit Boden und für die Bewirtschaftung von Immobilien durch Kommunen und Zivilgesellschaft. Eine Vorschau auf die Aktion „Wem gehört Hamburg?“ inspirierte für eigene Wohnorte.

**Jörn Luft, David Matthée, David Schraven**

---

**Workshop 3** **Seite 7**  
**Schule und Ökonomische Bildung**

*Finanzwirtschaft anders kennenlernen. Neue Impulse für eine kritische und ganzheitliche ökonomische Schulbildung.*

**Teil I:** Peer-to-Peer-Coaching anstelle von Unterrichten: Studierende bringen Lerneinheiten in die Schulen. Vorstellung einzelner Module und Übungen

**Caspar Dohmen, Sanika Hufeland, Matthias Riepe**

**Teil II:** Austausch und Vernetzung: Wie können innovative Konzepte verbreitet und weiterentwickelt werden?

**Caspar Dohmen, Matthias Riepe, Esther Schmitt**

---

**Workshop 4** **Seite 9**  
**Vollgeldinitiative Schweiz – Ziele und Kampagne**

Wie werden wir als Bürger\*innen wieder souverän über Quantität und Qualität von Wachstum? Was wir bisher erreicht haben und vom Volksentscheid erwarten.

**Katharina Serafimova**



---

**Workshop 5** **Seite 10**  
**European Credit Initiative – Eine Gesetzesinitiative für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften in der EU**

Die Europäische Kreditinitiative will für gemeinwohlorientierte Unternehmen eine freie Finanzierung durch zinslose Kredite schaffen und schlägt dafür über den Weg einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) eine Änderung der in den EU-Verträgen verankerten Satzung der Europäischen Zentralbank vor.

**Daniel Schily, Gerhard Schuster**

---

**Workshop 6** **Seite 11**  
**Ein Euro, vier Krisen**

Was der Schuldenschnitt für Griechenland, die EZB-Geldpolitik und die deutschen Exportüberschüsse miteinander zu tun haben.

**Ulrike Herrmann**

---

**Workshop 7** **Seite 12**  
**Blockchain und Fintechs – Anwendung, Chancen, Risiken, Prinzipien**

**Teil I:** Circles: Ein Vorschlag für ein Grundeinkommen auf der Blockchain Grundidee, System-Design und derzeitiger Stand des Projekts

**Harriet von Foreich, Martin Köppelmann,**

**Teil II:** Conscious Fintech – Prinzipien und Wege zu nachhaltigen und ethischen Finanztechnologien  
**Markus Duscha, Sanika Hufeland, Ludwig Schuster**

# CO<sub>2</sub>-Abgabe - Durch Preisbildung nachhaltig steuern, Kosten internalisieren

**Referentin:** Dr. Astrid Matthey  
**Moderation:** Nora Röntgen, Lukas Wessel

## Was kostet das Klima? Und wer zahlt die Rechnung? Ansätze für eine CO<sub>2</sub>-Abgabe jenseits von Ökosteuer und Emissionshandel

Im ersten Teil des Workshops zur CO<sub>2</sub>-Abgabe mit Dr. Astrid Matthey aus dem Umweltbundesamt (UBA) ging es primär um die Frage, wie sich wissenschaftlich fundiert ein Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen errechnen lässt. Das Interesse am Thema war groß, ebenso - wie der Workshop am 2. Tag am Sonntag zeigte - an der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe.

Um die Leitfrage „Was kostet das Klima?“ zu beantworten, stellte die Referentin zwei Herangehensweisen vor, die in der Wissenschaft verwendet werden: die Berechnung der Vermeidungskosten und die der Schadenskosten. Im ersten Fall werden die Kosten (€/t) berechnet, die z.B. durch den Einsatz besserer Technologien entstehen, um 1t CO<sub>2</sub> einzusparen. Fall zwei simuliert die Überlegung, dass das Klima ein privates Gut ist: Wie viel würde die Emission von 1t CO<sub>2</sub> dann kosten? Hier werden die wichtigsten Schadenskategorien wie z.B. Überschwemmungen, Dürren und Stürme mit erfasst. Dr. Matthey stellte klar, dass es zwar die Schadenskosten gebe, aber nicht die Vermeidungskosten. Letztere können zum einen nur berechnet werden, wenn es ein klar formuliertes politisches Ziel gibt (z.B. 2°C-Ziel) und zum anderen sind die Vermeidungskosten umso höher, desto ambitionierter das Ziel ist. Die Schadenskosten können objektiver berechnet werden, obgleich auch hier die Wahl der Parameter eine nicht unwichtige Rolle spielt: Kalkuliere ich den globalen oder den nationalen Schaden? Was zählt überhaupt als Schaden? Als Vertreterin des UBA wies die Referentin darauf hin, dass es wichtig sei, die verwendeten Parameter bei der Berechnung eines CO<sub>2</sub>-Preises transparent zu machen, um so einen Vergleich zu ermöglichen. Das Plenum war sich einig darüber, dass eine Internalisierung der Klimakosten nötig ist und eine CO<sub>2</sub>-Abgabe sinnvoll wäre, jedoch tauchten auch Fragen bezüglich der Annahmen als Berechnungsgrundlagen auf, da z.B. klimabedingte Migration, nicht-bewohnbare Gebiete, Wert eines Menschenlebens etc. nicht in dem Modell enthalten.



Doch wie hoch sind denn nun die Kosten? Dazu konnte Dr. Matthey (noch) keine Aussage machen: Die neuen Zahlen und Forschungsergebnisse des UBA erscheinen erst im Sommer. Alle Teilnehmenden haben einen sehr guten Überblick zum Stand der Wissenschaft bekommen. Am Ende bleibt vor allem die Frage: Wie lässt sich eine CO<sub>2</sub>-Abgabe in Deutschland implementieren?

**Bericht:** Lukas Wessel

# CO<sub>2</sub>-Abgabe - Durch Preisbildung nachhaltig steuern, Kosten internalisieren

**Referent:** Klaus Milke  
**Moderation:** Nora Röntgen, Lukas Wessel

## CO<sub>2</sub>-Bepreisungs-Kampagne in Deutschland - Zivilgesellschaftliche Strategien und politische Interventionen national und international



Durch die Unterzeichnung des Klimaabkommens von Paris und den Sustainable Development Goals hat sich die deutsche Bundesregierung dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 deutlich zu reduzieren. Damit dieses Vorhaben kein leeres Versprechen bleibt, hat sich die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch das Ziel gesetzt, innerhalb der kommenden Legislaturperiode eine Abgabe für fossile Energieträger gesetzlich durchzusetzen. Um das zu erreichen, plant Germanwatch in den nächsten Jahren eine breite Kampagne in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Akteuren aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Im ersten Teil des Workshops stellte Klaus Milke, Vorstand Germanwatch, die aktuellen nationalen, politischen sowie internationalen Rahmenbedingungen vor. Deutschland ist mit der Idee einer CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht alleine. Andere Länder wie Schweden, die Schweiz, Südafrika haben eine solche Abgabe schon längst eingeführt. Im zweiten Teil folgte ein offenes Gespräch, in welchem die Teilnehmer\*innen Fragen, eigene Ideen und Vorschläge einbringen konnten: Was muss geschehen, damit es bis 2020 eine gesetzliche Regelung zur CO<sub>2</sub>-Abgabe gibt? Welche Akteure müssen einbezogen werden? Welche Schritte müssen konkret als nächstes angegangen werden? In der Dis-

kussion wurde deutlich, dass eine erfolgreiche Kampagne auf mehreren Ebenen stattfinden muss: Zum einen braucht es Überzeugungs- und Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Ebenso wichtig ist ein enger Austausch mit der Wissenschaft in Expertengremien sowie die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft.

Für einen positiven Stimmungswandel sollte verdeutlicht werden, dass die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht nur notwendig, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll ist und nicht zwingend mit einer deutlichen Kostenerhöhung für Verbraucher\*innen einhergehen muss. Es wurde an dieser Stelle auf die Organisation „CO<sub>2</sub>-Abgabe e.V.“ verwiesen. Der Verein stellt einen Rechner bereit, mit dessen Hilfe die aktuellen Energiekosten eines Hauses oder Unternehmens im Vergleich zu den Kosten mit einer eingeführten CO<sub>2</sub>-Abgabe berechnet werden können.

Für eine erfolgreiche Kampagne braucht es auch diplomatisches Geschick und viele Gespräche mit Menschen, die in Fachausschüssen Stimme und Einfluss haben. Weiterhin sind Organisationen wie etwa Greenpeace nötig, die mit provokanten Aktionen die Öffentlichkeit wachrütteln. Ferner wurde betont, dass das Thema CO<sub>2</sub>-Abgabe zu einem breiten öffentlichen Thema werden muss. Ein Teilnehmer verdeutlichte, es reiche nicht, wenn die Wissenschaft in einem „Elfenbeinturm“ bliebe und Forschungsergebnisse nur in Fachzeitschriften veröffentlicht werden. Ein wichtiger Aspekt der Diskussion war die Sprache. Wie sprechen wir über ein Problem oder über eine Aufgabe, wie werden wir gehört und wie werden wir verstanden? Werden wir auch von Nichtexpert\*innen verstanden und von Nichtakademiker\*innen?

Auch die Bedeutung einer Bildungsarbeit war ein wichtiger Aspekt - nicht nur an Gymnasien sondern auch an Real- oder Hauptschulen.. Als abschließendes Statement betonte ein Teilnehmer, dass auch die Sprache selbst einen positiven Wandel braucht - weg von einem „wir müssen“ hin zu einem „wir wollen“ eine CO<sub>2</sub>- Abgabe.

**Bericht:** Nora Röntgen

## Mehr Boden für das Gemeinwohl!

**Referenten:** Jörn Luft, David Matthée, David Schraven

**Moderation:** Florian Mende, Hanna Sander

Die Vergabe von Boden spielt eine zentrale Rolle. Mehr Boden für das Gemeinwohl kann es dann geben, wenn die Anzahl der gemeinwohlbasierten oder gemeinnützigen Träger und die ihnen zur Nutzung übertragenen Bodenflächen wachsen. Kommunen sollten einer qualifizierten Konzeptvergabe folgen, statt das Höchstpreisverfahren anzuwenden. Und sie sollten eine Direktvergabe an solche Initiativen nicht ausschließen, die einen sozialen und damit auch ökonomischen Beitrag für die Kommune leisten wollen. Das Erbbaurecht kann für eine neue Bodenpolitik eine entscheidende Rolle spielen! Hierrüber kann Boden bis zu einem Zeitraum von 99 Jahren verpachtet werden: Die Fläche bleibt dabei im Eigentum der Kommune und garantiert langfristige und kontinuierliche Einnahmen statt einer Einmalzahlung. Die Besitzer\*innen können währenddessen den Boden wirtschaftlich und ohne besondere Einschränkungen nutzen.



Welche Rolle haben hierbei die Kommunen? Ist es ihre Aufgabe Boden für Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen? Die Antwort der Referenten David Matthée und Jörn Luft lautet: Kommunen können sich nicht um alternative Wohnkonzepte kümmern oder Wohnungsinitiativen betreuen. Das ist nicht ihre Kernkompetenz. Aber sie können den rechtlichen Rahmen dafür setzen, dass Akteur\*innen, wie die Trias Stiftung oder die Montagstiftung Urbane Räume gemeinwohlorientierte Initiativen mit anstoßen und unterstützen können.

Das „Netzwerk Immobilien“, erstmals 2016 durch einen größeren öffentlichen Kongress in Leipzig in die Öffentlichkeit getreten, will öffentliche, private und wirtschaftliche Akteur\*innen zusammenbringen. Auch die GLS Bank ist Teil dieses Netzwerkes.

Es gibt zahlreiche Unternehmen mit dem Ziel, Boden vor dem Zugriff der Finanzmärkte zu schützen: das Mietshäu-

sersyndikat, die BioBoden Genossenschaft, Kulturland u.a. stehen für die Forderung, mehr Boden für das Gemeinwohl bereitzustellen und zu bearbeiten. Die heute schon vorhandene rechtliche Vielfalt einer gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung von Boden wird leider nicht ausgeschöpft – weder von den privaten, noch von den öffentlichen Akteur\*innen.

In Hamburg hat die Recherche-Plattform Correctiv eine Informationskampagne gestartet, um mehr öffentliches Bewusstsein für bezahlbares Wohnen zu schaffen. David Schraven, Gründer der Correctiv gGmbH, stellt die Kampagne: „Wem gehört Hamburg“ vor, die Informationen darüber zusammentragen will, wem in Hamburg was gehört. Über einen digitalen crowdnewsroom können Mieter\*innen die Eigentümer\*innen der von ihnen bewohnten Mietimmobilien eintragen. Derzeit ein Pilotprojekt in Hamburg und bald – so die Perspektive – ein Beispiel für andere Städte deutschlandweit.

Es geht dabei weniger um die privaten Immobilienbesitzer\*innen, sondern mehr um die großen Fonds und Investmentgesellschaften. Die Kampagne veröffentlicht keine personenbezogenen Daten, sondern nur die hinter der Immobilie stehenden Gesellschaften. Ziel ist es, die Strukturen wachsender Ungleichheiten sichtbar zu machen. Leider gibt es in Deutschland kein öffentlich einsehbares Immobilienregister. Ein solches Register, das ohne besondere Begründung eingesehen werden kann und auch die Kaufpreise auflistet, könnte dokumentieren, wer profitiert und welche Werte dem Gemeinwohl entzogen werden.

Zur Diskussion steht auch die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einzuführen, die in den 90er Jahren abgeschafft wurde. Handlungsmöglichkeiten gibt es viele. Es kommt darauf an, Kommunen durch Kampagnen und Überzeugungsarbeit zu einem anderen Handeln zu bewegen, vielleicht auch selbst Initiator\*in eines neuen Projekts zu werden oder andere darin zu unterstützen. Vieles ist möglich und oft mehr als man für realistisch hält. 2016 haben etwa 80% der Bürger\*innen in Basel mit ihrem Votum eine klare Richtungsentscheidung für die kommunale Verwaltung getroffen: Die Stadt Basel darf keinen Boden mehr verkaufen und ist verpflichtet, durch die Vergabe von Nutzungsrechten auf Erbpachtbasis, den gesellschaftlichen Mehrwert zu fördern und privaten Profitinteressen einen Riegel vorzuschieben. Ein besonderer Erfolg, der überall dort Schule machen kann, wo sich Menschen engagieren.

**Bericht:** Florian Mende

## Schule und Ökonomische Bildung – Finanzwirtschaft anders kennenlernen

**Referenten:** Tobias Schneider, Max Geuer, Daniel Thamm,  
Fabian Ceska, Flavio von Witzleben, Matthias Schwalm  
**Moderation:** Ann Christin Abbenhaus, Sanika Hufeland

Die Forderung nach ökonomischer Bildung an Schulen keimt wieder neu auf. Dabei ist jedoch zu beobachten, dass Lehrmaterialien zur ökonomischen Schulbildung vielfach einseitig geschrieben sind, wie beispielsweise vom Bankenverband. Es ist also wichtig, diesen Lehrmaterialien alternative, kritische, ganzheitliche Ansätze, Inhalte und Methoden gegenüberzustellen. Deshalb stand die Frage im Raum: Wie kann erreicht werden, dass Schüler\*innen „finanzmündig“ und mit einer eigenen, kritischen Haltung zum Wirtschaftssystem in die Welt gehen?

Dies war bereits beim letzten Geldgipfel im Jahr 2016 Gegenstand der Diskussion, sodass sich im Nachgang eine „AG Ökonomische Bildung“ zusammenfand, um beispielhaft Lerneinheiten zu konzipieren und Arbeitsmaterialien einschließlich neuer methodischer Zugänge für das Fach Wirtschaft zu entwickeln. Hierfür hat die AG Ökonomische Bildung mit Studierenden der Universität Witten/Herdecke im letzten Jahr ein Pilotprojekt durchgeführt, dessen Ergebnisse am ersten Tag im Vordergrund standen. Die Studierenden erstellten neue Konzepte für Lerneinheiten und erprobten diese über mehrere Wochen mit Schüler\*innen im Schullalltag. In ihre neue Rolle als Peer-Coachs wurden sie durch die Zukunftsstiftung Bildung eingeführt, durch Caspar Dohmen, Publizist, und das Institute for Social Banking wurden sie fachlich begleitet. Mehr Informationen zum Projekt und den Projektpartner\*innen unter: [www.zukunftsstiftung-bildung.de/oekonomische-bildung](http://www.zukunftsstiftung-bildung.de/oekonomische-bildung).

In einer interaktiven Runde verwandelten zwei studentische Teams der AG Ökonomische Bildung die Teilnehmenden des Geldgipfels für eine Stunde in 15 bis 18-jährige Schüler\*innen und zeigten beispielhaft, mit welchen Methoden sie im Peer-to-Peer-Coaching gearbeitet hatten.

In der anschließenden Diskussion stand im Vordergrund, wie gelernt wird und nicht was. Es gehe darum, dass Schüler\*innen bei ihren eigenen Erfahrungen und Interessen abgeholt und begeistert werden und mit abwechslungsreichen Methoden die unterschiedlichen Lerntypen angesprochen werden können. Es ging auch um die Frage, wie aus diesen Ideen und Erfahrungen ein größeres, stetiges Projekt erwachsen. Einerseits wurde gewünscht die erarbeiteten Materialien zur Verfügung zu stellen, andererseits wurde auch kritisch vermerkt, dass so ein Projekt von Studierenden davon lebe, keine Routine zu entwickeln.

Um Schulen gut ansprechen zu können, sei es vor allem wichtig zu betonen, dass alternative Konzepte nicht genauso unkritisch und unreflektiert vermittelt werden sollen wie die Standardökonomie. Zudem sollten stets die Kompetenzziele transparent im Vordergrund stehen.

Auch die Rolle der Studierenden wurde diskutiert. Die Vorbildfunktion junger Studierender für Oberstufenschüler\*innen sei enorm. Das Risiko allerdings sei, dass Studierende nicht langfristig, sondern nur semesterweise ein solches Projekt mittragen. Besonders positiv sei aber der Doppelleffekt: Denn nicht nur die Schüler\*innen lernen Neues, sondern viel mehr noch die Studierenden, die sich auf diese Weise deutlich intensiver mit praktischen Fragen der Geld- und Wirtschaftstheorie auseinandersetzen, als in einem klassischen Seminar.

**Bericht:** Domenik Treß



# Schule und Ökonomische Bildung – Finanzwirtschaft anders kennenlernen

**Referenten:** Tobias Schneider, Max Geuer, Daniel Thamm, Fabian Ceska, Flavio von Witzleben, Matthias Schwalm

**Moderation:** Ann Christin Abbenhaus, Esther Schmitt

Der zweite Workshop-Teil hatte die Vernetzung und Kooperation der unterschiedlichen außerschulischen Initiativen zur ökonomischen Bildung zum Ziel. Caspar Dohmen setzte den Diskussionsrahmen hoch an: „Was muss geschehen, damit in zehn Jahren an allen Schulen eine andere ökonomische Bildung stattfindet? Wie schaffen wir den Schritt heraus aus der Graswurzelbewegung hinein in einen Gesamtwandel?“

Hierzu diskutierte anschließend eine in ihrer Vielzahl und Vielfalt beeindruckende Menge an Bildungsinitiativen in einem World Café. Die folgenden fünf Themen wurden dabei diskutiert:

## 1) Entwicklung geeigneter Methoden, Materialien und Didaktik

Was braucht es, um geeignete Didaktik und/oder Materialien zu entwickeln? Eine erste Antwort war hier: Es existiert schon viel! Die Nachfrage nach solchen Kursangeboten ist riesig und es gibt entsprechende Materialien – nur schaffen sie es trotzdem noch nicht ausreichend, damit in die Schulen zu kommen. Dafür bräuchten diese Freiräume und entsprechend engagierte Lehrer\*innen. Zudem sind die Materialien bisher sehr dezentral und nicht immer leicht zu finden. Es braucht also Plattformen und Kanäle, um sichtbar zu werden und Materialien, die leicht anwendbar und anschlussfähig gestaltet sind.

## 2) Vernetzung 1: Wie können wir voneinander lernen und zukünftig Energien nutzen?

Erstes Ergebnis dieser Frage ist die Landkarte #RethinkEconomy der Seite [kartevonmorgen.org](http://kartevonmorgen.org).

Auf diesem Überblick aufbauend, braucht es weitere Treffen und Austauschrahmen, um Prioritäten zu setzen und Strategien zu entwickeln. Wichtig sei es dabei, die Pluralität der Ansätze zu betonen. Als mögliches gemeinsames Ideal wurden Schlagworte genannt wie „ökonomische Bildung als Persönlichkeitsentwicklung“, „kritisch“, „gemeinschaftsfördernd“, „alternativ“, „human(istisch)“ oder „nachhaltig“.

## 3) Vernetzung 2: Scaling-Up: Wie schaffen wir es, in zehn Jahren an allen Schulen gute ökonomische Bildung umzusetzen?

Ein Ansatz ist politische Lobbyarbeit zur Änderung der Lehrpläne (siehe Punkt 5). Doch dies gestaltet sich nicht im-

mer einfach. Zudem muss zuerst gezeigt werden, dass und wie es anders geht, um im richtigen Moment die Landespolitik überzeugen zu können. Best-Practice-Sammlungen sind hierfür sehr wichtig. Und es stellt sich die generelle Frage der Zukunftsfähigkeit vorgegebener Lehrpläne.

Eine weitere Möglichkeit mehr zu erreichen ist es, statt direkt in Schulen zu gehen, Lehrer\*innen fort- und weiterzubilden oder Angebote an Lehramtsstudierende zu richten.

## 4) Umsetzung: Welche Orte und Ressourcen brauchen wir, um unsere Ideale umzusetzen?

Auch hier war das erfreuliche Ergebnis: Es gibt schon viel! Ebenso wurde die #RethinkEconomy-Karte aus Punkt 2 wieder erwähnt..

## 5) Politik: Lehrpläne und Curricula: Wie können wir diese verändern?

Es gab den Konsens, dass es sinnvoller sei, bestehende Strukturen zu nutzen, anstatt neue zu gründen. Als mögliche Dachverbände für die Ziele einer alternativen ökonomischen Bildung wurden die Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW) und der Bundesverband innovative Bildungsprogramme (BIB) eingebracht.

Eine Möglichkeit, mit der man versuchen könnte, eine öffentliche Debatte über die Qualität von ökonomischer Bildung zu entfachen, wäre, die Formen von Manipulation und Lobbyismus in den verschiedenen Lehrbüchern hervorzuheben. Die Gründung eines Dachverbands erscheint sinnvoll, um eine gebündelte und wirksame Kommunikation in Gang zu setzen, die dann letztlich Grundlage für Lehrplanänderungen sein kann.

Insgesamt zeigte der Workshop erneut den hohen Bedarf an Vernetzung, lieferte neue Verknüpfungen, griff alte Ideen neu auf und zeigte vor allem, wie reichhaltig die außerschulische Bildungslandschaft zur ökonomischen Bildung bereits ist. Als erstes Ergebnis des Workshops wurde die Liste „#RethinkEconomy“ der anwesenden und bekannten Initiativen der alternativen ökonomischen Bildung angefertigt, um einen schnellen Überblick zu erhalten (<http://ideenhochdrei.org/de/ideen/zukunfts-projekte/rethink-economy/>). Das Peer-to-Peer-Projekt der „AG Ökonomische Bildung“ soll in etwas größerer Form weiterverfolgt werden.

**Bericht:** Domenik Treß



# Vollgeldinitiative Schweiz – Ziele und Kampagne

---

**Referentin:** Katharina Serafimova  
**Moderation:** Jolinde Hüchtker, Lisa Storcks

Am 10. Juni stimmten die Schweizerinnen und Schweizer darüber ab, ob ein Vollgeldsystem eingeführt werden soll. Damit würde Giralgeld, genau wie das Bargeld heute, allein von der Nationalbank geschöpft anstatt wie bisher auch von den Geschäftsbanken. Das ausschließlich von einer Zentralbank geschöpfte Vollgeld hätte – so Katharina Serafimova – den Vorteil, auch in Zeiten einer Bankenkrise als gesetzlich Zahlungsmittel bestandssicher zu sein.

Für Katharina Serafimova, Mitglied im Beirat der Schweizer Vollgeldinitiative, ist der wesentliche Punkt der Kampagne, Geld zu einem öffentlichen Thema zu machen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie über Geld gesprochen wird: „Wir wollen ein weniger aggressives Geldsystem, also muss auch die Kommunikation darüber weniger aggressiv sein. Es darf nicht nur Gespräche zwischen glühenden Gegner\*innen und Befürworter\*innen geben, sondern alle müssen gehört werden.“

Beim Thema Geld gibt es eine Gruppe, die besonders wenig nach ihrer Meinung gefragt wird: Die der Frauen. Im Bank- und Finanzwesen sind sie noch immer stark unterrepräsentiert. Zudem gebe es viele Menschen, Männer wie Frauen, die ihre Meinung bei Finanzthemen für irrelevant halten, weil sie das Thema für zu komplex halten.

In der Diskussion entstand eine Kontroverse darüber, ob Unwissenheit bei einem Volksentscheid Qualität in die Entscheidung bringt, oder ob bei einer Risikoentscheidung, bei der die genauen Folgen noch nicht abzusehen sind, eine Informiertheit vorausgesetzt werden sollte.

Die Beschäftigung mit der Initiativarbeit zeigte, dass es beim Volksentscheid am 10. Juni in der Schweiz weniger um ein Ja oder Nein ging als vielmehr um den Prozess, der in Gang gesetzt wurde: Der Wissensstand und die Gespräche über Geld seien in der Schweiz in letzter Zeit angestiegen. Die zentrale Frage des Workshops war daher: Wie geht es nach der Abstimmung weiter – wie können wir das Thema Geld in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs halten? Am häufigsten wurde die Bildungsarbeit schon in der Schule als Vorschlag genannt. Mehrfach fiel auch die Bemerkung, dass man sich in Deutschland von der Schweiz das Bewusstsein abschauen könnte, dass wir als Bürger\*innen der Souverän sind und das Geldsystem von Menschen gemacht und nicht in Stein gemeißelt ist.

Die stärkste Kontroverse, die sich durch den Workshop zog, war die Spannung zwischen Emotionalität und Ratio-

nalität. Geld ist ein rational besetztes Thema. Können auch Werte wie Zwischenmenschlichkeit und Kreativität darin Platz haben? Diskutiert wurde, dass ein offener, womöglich emotionaler Einstieg anhand von Geschichten sinnvoll sein kann, um möglichst viele Menschen und Perspektiven mitzunehmen, Diskussion und Entscheidung jedoch sachlich bleiben müssen. Vielleicht erreicht man das vor allem mit gutem Zuhören: denen, die bereits viel Wissen angesammelt haben, aber auch denen, die sonst nicht gehört werden. Frau Serafimova hält es da mit Momo aus dem gleichnamigen Roman von Michael Ende:

„Momo konnte so zuhören, dass ratlose oder unentschlossene Leute auf einmal ganz genau wussten, was sie wollten. Und wenn jemand meinte, er sei einer, auf den es überhaupt nicht ankommt und der ebenso schnell ersetzt werden kann, wie ein kaputter Topf – und dann ging er hin und erzählte alles das der kleinen Momo, dann wurde ihm, noch während er redete, auf geheimnisvolle Weise klar, dass er sich gründlich irrte (...).“

**Bericht:** Jolinde Hüchtker

## European Credit Initiative

**Referenten:** Gerhard Schuster und Daniel Schily  
**Moderation:** Sophie Löhlein, Juliane Schell

Das Ziel: Die European Credit will Wirtschaften jenseits vom Profitprinzip und von Gewinnzwängen ermöglichen. Der Weg: Durch eine Änderung der Statuten der Europäischen Zentralbank (EZB) soll eine zinsfreie Vergabe von Krediten ermöglicht werden. Voraussetzung: Zinsfreie Kredite gehen nur an Unternehmen (im weiteren Sinne an „Unternehmungen“), wenn sie auf Profit verzichten, gemeinwohlorientiert sind und ihre Löhne den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen unterstellen. Diese Kriterien sollen in den Statuten der EZB konkretisiert aufgenommen werden.

Eine entsprechende Ergänzung soll durch eine Europäische Bürgerinitiative gelingen. Dazu müssen innerhalb eines Jahres 1 Millionen Unterschriften innerhalb Europas gesammelt werden. Gelingt dies, muss sich die Europäische Kommission mit dem Vorschlag der Europäischen Kreditinitiative auseinandersetzen. Die European Credit Initiative sucht derzeit Unterschriften-Sammler\*innen, akquiriert europaweit Mitstreiter\*innen, will sich innerhalb der EU vernetzen und ihre Idee ebenso auch an die nationalen Parlamente der EU herantragen.

Im Workshop wurde intensiv über den Vorschlag der European Credit Initiative diskutiert. Unter anderem wurden vor allem folgende Fragen aufgeworfen: Welche Unternehmen agieren im Sinne des Gemeinwohls, bzw. im „allgemeinen wirtschaftlichen Interesse“? Kann durch die Initiative eine wirkliche gesellschaftliche Veränderung herbeigeführt werden oder würde er immer Teil einer „Nischen-Ökonomie“ bleiben? Kann durch die Initiative der große Finanzierungsbedarf von Start-Ups gedeckt werden?

Es wurde angeregt, zinsfreie Kredite im Rahmen eines Pilotprojektes zu vergeben, um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirkung des Vorschlags der Initiative besser beurteilen zu können.

**Bericht:** Juliane Schell



## Ein Euro, vier Krisen

**Referentin:** Ulrike Herrmann

**Moderation:** Simon Koopmann, Maximilian von Klenze

Anschließend an Ulrike Herrmanns Vortrag zur Eurokrise, bekamen die Konferenzteilnehmer\*innen in einem korrespondierenden Workshop die Gelegenheit, Verständnisfragen zu klären und gemeinsam mit der Wirtschaftsjournalistin Herrmann tiefer in die Diskussion einzusteigen. Im Zentrum der Kontroverse stand dabei insbesondere die Vertiefung der im Plenarvortrag skizzierten Lösungsvorschläge.

Einig waren sich die Workshop-Teilnehmer\*innen in der Annahme, dass die Eurozone fehlerhaft konstruiert wurde: Die Kombination aus einer gemeinsamen Währung und 17 nationalen Staatsanleihen tilgt den Krisenpuffer des Währungsrisikos für Investoren und bringt einzelne Länder immer wieder in schwer antizipierbare Zahlungsschwierigkeiten. Die von Ulrike Herrmann zur Lösung des Problems verteidigten Eurobonds fanden viel Zuspruch unter den Teilnehmer\*innen. Eurobonds sind Staatsanleihen, die die Länder der Eurozone gemeinsam ausgeben würden.

Eine weitere von der Referentin diagnostizierte Krisenursache war das deutsche Lohndumping. Dieses senke die deutschen Lohnstückkosten erheblich und sorge so für eine asymmetrische Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Eurozone, die wiederum Ursache der Leistungsbilanzdefizite in den Krisenländern sei. Begegnen könne man diesem Problem mithilfe eines breit angelegten deutschen Investitionsprogrammes. Dieses würde einerseits deutsche Importe fördern und andererseits Löhne und Konsum in Deutschland ankurbeln. Direkte und indirekte Effekte kämen so zusammen, um die Handelsbilanzen in der Eurozone wieder ausgeglichener zu gestalten. Ein solches Programm könnte auch sozialökologisch orientiert angelegt werden – etwa durch Investitionen in den ÖPNV oder in erneuerbare Energien.

Andere Vorschläge stießen auf mehr Gegenwind bei den Workshop-Teilnehmer\*innen und wurden kontrovers diskutiert: Ulrike Herrmanns kritische Beurteilung des klassischen Schuldenschnitts für Griechenland und ihre Empfehlung stattdessen eine Überführung der griechischen Staatsschulden in die Bilanz der EZB vorzunehmen, wurde mit Verweis auf die daraus folgenden fragwürdigen Anreizeffekte zum Teil harsch kritisiert. Eine solche Politik verleite Staaten innerhalb der Eurozone zu einer allzu expansiven Fiskalpolitik.

Auch ihre im Vergleich zu vielen anderen Geldgipfel Teilnehmer\*innen eher konservative Position in Bezug auf Experimente mit unserem Geld- und Finanzsystem, wurde

beleuchtet. Zwar erkannte Ulrike Herrmann an, dass Geld immer Ausdruck von Machtverhältnissen sei und das Nachdenken über Alternativen daher wichtiger Forschungsgegenstand bleiben solle, allerdings erschien ihr eine völlig neue Systemausrichtung zu riskant. Prioritär müsse sein,



das jetzige System in seiner Funktionslogik und in seinen Details theoretisch zu durchdringen. Eine konsequentere Orientierung an der Realwirtschaft und ein grundlegendes Verbot des Derivatehandels seien aber zwingende Reformen. Wenn alle Banken wie die Sparkassen oder die Genossenschaftsbanken agieren würden, wäre schon ein großer Schritt in Richtung Krisenfestigkeit getan. Die sich hier auftuenden Fragen konnten aufgrund der großen thematischen Breite des Workshops allerdings nicht in hinreichender Tiefe bearbeitet werden.

Schließlich wurde deutlich, dass die beiden Diskussionsstränge bezüglich einer sozial-ökologischen Transformation des Geldsystems und hinsichtlich einer Lösung für die Eurokrise bisher weitestgehend isoliert voneinander verlaufen. Fundamentale Wachstumskritik spielt in der Diskussion zur Lösung der Eurokrise bisher keine oder bestenfalls eine untergeordnete Rolle und Reformvorschläge orientieren sich sehr stark am politökonomischen Status quo. Eine Integration dieser beiden Debatten könnte eine Aufgabe für eine zukünftige Forschung darstellen.

**Bericht:** Maximilian von Klenze

# Blockchain und Fintechs: Anwendung, Chancen, Risiken, Prinzipien

**Referentin:** Harriet von Froreich, Martin Köppelmann

**Moderation:** Elena Ball, Julian Grah



Circles versteht sich als visionäres Projekt. Eine personalisierte Kryptowährung soll jedem Menschen, der Teil davon wird, die teilweise Erfüllung von Grundbedürfnissen ermöglichen. Diese neue Idee erfordert aufgrund der Komplexität der Blockchain-Technik eine veritable Denkanstrengung. Sie wurde den Teilnehmer\*innen des Workshops von Harriet von Froreich und Martin Köppelmann präsentiert und dort diskutiert.

Geld wird als eine soziale Übereinkunft verstanden; die Blockchain-Technologie als eine aktiv zu gestaltende technische Möglichkeit und die Kombination daraus erlaubt die niedrigschwellige und dezentrale Umsetzung einer Utopie und damit die aktive Gestaltung des Geldsystems.

Ob solch ein Geldsystem, dessen Wert nur durch Vertrauen und Netzwerkaktivität hervorgebracht wird, wirklich funktionieren kann, war eine im Workshop immer wieder gestellte Frage. Im Herbst 2018 soll Circles als eine App in einem Reallabor (einer Bar und einem Café in Berlin) getestet werden. Jede\*r mit einem Smartphone kann sich einen Zugang anlegen und basierend auf Smart Contracts eine eigene Währung erzeugen, beispielsweise „Anna-Circles“ oder „Hermann-Circles“. Von diesen erhält er oder sie dann monatlich eine feste, noch zu bestimmende Menge, beispielsweise 50 „Anna-Circles“. Ohne eine rechtliche Organisation im Hintergrund und ohne eine materielle Deckung sind Circles eine Währung, die unserem Fiat-Geld/Buchgeld entspricht, das aber nicht auf Schuld, sondern auf Vertrau-

en beruht. Verwendbar werden sie erst durch ein Vertrauens-Netzwerk zwischen Menschen, die sich persönlich kennen oder gemeinsame Bekannte haben. Neben einer Anregung von persönlichem Austausch wäre so auch eine Re-Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen denkbar.

Die GLS Bank könnte nicht nur eine Plattform für den Austausch bieten, sondern auch helfen, die technischen Möglichkeiten der Blockchain mit Leben zu füllen, da ihre Mitglieder sich bereits persönlich kennen und überwiegend bereit sind, sich wechselseitig einen Vertrauensvorschuss zu geben, der für die Umsetzung eines Projektes wie Circles unabdingbar ist.

Da es noch einige offene Fragen - um nicht zu sagen ungelöste Probleme - in Bezug auf die Blockchain-Technik gibt, ist eine weitgreifende gesellschaftliche Partizipation und Diskussion zur Weiterentwicklung notwendig. So könnte eine Anpassung und Überarbeitung der Technik angebracht sein, die auch hinsichtlich der Nachhaltigkeit (der Energieverbrauch muss gesenkt werden, die Transaktionskosten müssen fallen) für eine Verbesserung sorgen sollte. Auch der Datenschutz stellt gegenwärtig noch eine Baustelle dar - bislang gibt es keine Regulierung, nur eine weite Grauzone. Auch die Fragen zum Verbraucherschutz und einer ethischen Gestaltung der Algorithmen sind offen. So ist neben einer vollkommenen Überwachung von elektronisch basierten Finanztransaktionen auch eine völlige Verschleierung durch sogenannte „Zero Knowledge Proofs“ möglich. Was hier die gesellschaftliche Norm darstellen soll, gilt es in einem partizipativen Prozess und einer breiten Diskussion herauszufinden.

**Bericht:** Elena Ball

# Blockchain und Fintechs: Anwendung, Chancen, Risiken, Prinzipien

**Referent\*innen:** Markus Duscha, Sanika Hufeland, Ludwig Schuster

**Moderation:** Elena Ball, Julian Grah

Alleinige Kompetenz im Bereich von Finanzdienstleistungen wurde über Jahrhunderte den Banken zugeschrieben. In dieser Zeit entwickelten die Geldinstitute unterschiedlichste Technologien und Prozesse zur Transaktionsabwicklung, zum Bargeldbezug und Investitionstätigkeit.

Die rapiden Entwicklungen moderner Informationstechnologien und die Digitalisierung ehemals analoger Geschäftsprozesse verändern das Marktumfeld für Banken jedoch grundlegend. Meist junge, dezentral und online organisierte StartUps wie PayPal, N26, Klarna, Kryptowährungen oder Crowdsourcing-Plattformen, die Dienstleistungen im Finanzbereich entwickeln, verändern den Bankensektor disruptiv. Die sogenannten „Fintechs“ steigern durch vollständige Digitalisierung von Wertschöpfungsketten die Effizienz einzelner Teilleistungen von Banken dramatisch und senken Transaktionskosten bis auf Bruchteile des bisherigen Status quo. Im Zusammenspiel mit komfortabel nutzbaren Smartphone-Applikationen gelingt es ihnen so oftmals eine höhere Kundenzufriedenheit zu erzielen als es herkömmlichen Geldhäusern möglich ist.

Trotz vielfach ungelöster Probleme gelingt es Fintechs, einen fortwährend wachsenden Kundenstamm aufzubauen. Diesem scheint Komfort in der Nutzung der digitalen Finanzdienstleistungen wichtiger zu sein als die Herausforderungen im Bereich des Datenschutzes, fehlender Regulierungen, hoher technologischer Abhängigkeit oder gesteigerten Energieverbrauchs.

Um die Potentiale agiler Jungunternehmen im Finanzbereich mit deren Herausforderungen zu diskutieren und jeweils „grüne“ Varianten der Szene zu prototypisieren oder

bereits existierenden Modellen eine Plattform zu bieten, wurde in Berlin die „Conscious Fintech Meetup Reihe“ ins Leben gerufen. Hier werden Akteur\*innen aus der Fintech-, Blockchain- und Kryptowährungsszene, Sozialunternehmer\*innen und Nachhaltigkeitsakteur\*innen sowie interessiertes Fachpublikum aus der (insbes. wertorientierten) Banken- und Finanzbranche zusammengeführt.

In einem gemeinsamen Gestaltungsprozess wurde im Rahmen der Conscious Fintech Meetups eine Definition für „gute“ Fintechs erarbeitet: Conscious Fintech beschreibt demnach „Finanztechnologien, -produkte und -dienstleistungen, aber auch die Unternehmen, die diese anbieten, mit dem Hauptziel, zur Entwicklung und dem Wohlergehen von Mensch und Planet heute und morgen beizutragen“. Hierfür werden unterschiedliche Prinzipien des Sozialen, der Ökologie, der Resilienz des Finanzsystems, der Orientierung an Menschen und Stakeholdern, der Eigentumsstruktur und der Nutzbarkeit zu Grunde gelegt.

Die technologischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte haben eine wirtschaftliche Umsetzung heutiger Fintechs möglich gemacht. In Deutschland gibt es heute rund 700 solcher Unternehmen. Wie in der traditionellen Branche der Banken finden sich unter dieser Vielzahl von Organisationen jedoch wenige, die heute den Standards der benannten Definition für Conscious Fintechs entsprechen. Deshalb wurde im Rahmen der Conscious Fintech Meetups zudem eine „Roadmap“ entworfen: Was müsste getan werden, um viel mehr „normale“ zu Conscious Fintech werden zu lassen?

Es folgten Diskussionen sowie ein World-Café zu den nachfolgenden Fragen

- Welche Prinzipien hältst Du im Hinblick auf Fintechs persönlich für besonders wichtig oder gesellschaftlich relevant?
- Wie könnten Fintechs zu einem nachhaltigen Finanzwesen beitragen?
- Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die ethischen Banken?

**Bericht:** Julian Grah



## Ausblick nach dem Geldgipfel 2018

von Nikolai Fuchs, Vorstand GLS Treuhand



Es ist offensichtlich – die Finanz- und Geldthemen brauchen mehr öffentliche Mitsprache! Das, was wir oft als Realität erachten – oder was uns als diese von Politik und Wirtschaft oft als „alternativlos“ nähergebracht wird – ist nicht die ganze Wirklichkeit. So handelt beispielsweise, wie wir schon im Zuge des Geldgipfels 2016 herausgefunden hatten, der Mensch gar nicht immer als „homo oeconomicus“; und das eröffnet ganz neue gesellschaftliche Gestaltungsräume, bzw. lässt diese aus dem „toten Winkel“ der Gesellschaft in die Sichtbarkeit treten. Mit kaum etwas gehen wir täglich so viel um wie mit Geld und gleichzeitig gibt es kaum etwas, wo wir in dem Glauben verharren, „nichts machen“ oder nicht mitgestalten zu können. Aber wir können es.

An einer nachhaltigen ökologischen Weltwirtschaftsformel haben sich schon manche die Zähne ausgebissen. Aber wie weit käme man schon, wenn man die vorhandenen Spielräume ausnutzen würde! Wir können nachhaltig konsumieren – wenn wir wollen. Wir können „anders mit Geld umgehen“ – wenn wir wollen. Wir können ... – wenn wir wollen.

Das, worum es vielleicht geht, ist die Systemmechanismen so einzustellen, dass sie uns mehr bei unserem eigentlichen Wollen unterstützen, eben weil der Wille häufig noch schwach ist. Mit der Einführung des Verursacherprinzips etwa oder dem Verbot von Verkäufen unter Gestehungspreis (Flugreisen für 40 € nach Athen ...). Oder mehr Verantwortung an die Führungspersonen koppeln (keine „goldenen Fallschirme“ bei Managementversagen o. Ä.).

Dafür gilt es den öffentlichen Druck aufrecht zu erhalten, da die langfristigen Themen mit den kurzfristigen Wiederwahl-Interessen der Politik zu häufig nicht zusammen zu passen scheinen. Aber auch wissenschaftlicherseits gilt es, den Krisen eine saubere Analyse folgen zu lassen – so hatten die Hedge-Fonds nichts oder wenig mit der Finanzkrise von 2008 zu tun (sie haben andere Probleme); weil Überregulierung oft die Kleinen, und damit meist die Falschen trifft. Aber: Diversität ist notwendig, um (Finanz-)Stabilität zu erhalten.

Zugleich braucht es nicht nur einen System-Wechsel bzw. Systemmetamorphosen, sondern doch auch, wenngleich ungleich schwerer umzusetzen, einen Haltungswechsel. An der Kippe der Belastungsgrenzen des Planeten angekommen ist Wachstum um des Wachstums willen keine gute Idee mehr. Sondern es sind dann doch möglicherweise Ansätze wie die Sharing Economy, wie überhaupt Netzwerk-Bildungen, Vertrauens- statt Misstrauenskulturen und Peer-to-Peer Ansätze wie die Blockchain-Technologie als gemeinschaftsbildende Kryptowährung möglich, die uns vor den Kipppunkten halten lassen und im Übrigen wohl eine höhere Lebensqualität und -zufriedenheit versprechen. Letzteres bräuchte mehr Qualitäten, die häufig eher Frauen zugesprochen werden. Und so sollten diese zukünftig mindestens eine größere Rolle auch in Finanzfragen spielen ...

„Geld ist Liebe“ – das ist für manche sicherlich ein (zu) hehrer Anspruch. Aber wenn man Liebe als empathische Zuwendung zum anderen versteht, dann wird darin ein tieferer Sinn von Wirtschaften sichtbar – Wirtschaften macht nämlich nur im Miteinander Sinn und es könnte ein Geheimnis darin liegen, dass wir als Gesellschaft und damit jeder einzelne letztlich am meisten davon hätte, wenn möglichst viele „in Beziehungen wirtschaften“ würden ...

In jedem Fall könnte auf den skizzierten Wegen eine Liebe helfen – die Liebe zu unserem Planeten. Denn an dessen Grenzen stehen wir gerade.



Die folgenden Redebeiträge des Geldgipfels 2018 stehen als Videomitschnitt auf [www.geldgipfel.de](http://www.geldgipfel.de) zur Verfügung

Lukas Beckmann

### **Eröffnung des ersten Tages**

Prof. Martin Hellwig

### **Warum ist das Finanzsystem immer noch nicht sicher genug?**

Sven Giegold, MdEP

### **Nachhaltige Geldanlagen – Europäische Initiativen und ihre Ziele** EU Standards, die unser Finanzsystem stabiler machen

Thomas Jorberg

### **Kann Regulatorik Sicherheit und Nachhaltigkeit erhöhen?**

Martin Köppelmann

### **Blockchain – eine stille Revolution?**

Thomas Goldfuß

### **Eröffnung des zweiten Tages**

Ulrike Herrmann

### **Ein Euro, vier Krisen**

Prof. Dr. Reinhard Loske

### **Nachhaltiges Wirtschaften braucht Geldkompetenz** Warum eine Bildungs- und Forschungsoffensive notwendig ist

Nikolai Fuchs

### **Resümee und Ausblick**



# Geldgipfel 2018

## KONTAKT

GLS Bank Stiftung  
Christstraße 9  
44789 Bochum

Telefon +49 234 5797 5123  
Fax +49 234 5797 5188

[glsbankstiftung@gls-treuhand.de](mailto:glsbankstiftung@gls-treuhand.de)  
[www.glsbankstiftung.de](http://www.glsbankstiftung.de)